

Erscheint
wöchentlich dreimal:
Dienstag, Donnerstag
und Samstag.

Alle Postämter nehmen
Bestellungen darauf an.

Volkssblatt

für
Stadt und Land.

Vierteljährlicher Preis:
in der Expedition zu Pa-
derborn 10 Sgr.; für Aus-
wärtige portofrei
12 1/2 Sgr.

Insertionsgebühren
für die Zeile 1 Silbergr.

N: 127.

Paderborn, 23. October

1849.

Uebersicht.

Amiliches.

Deutschland. Berlin (Sizung des Verwaltungsraths; Beschluß der ersten Kammer); Hannover (der Dänische Gesandte); Hildesheim (Bischof Jacob Joseph †); Bremen (v. Gagern und Mathy); Altona (der Bürgerverein); Frankfurt (das Reichsministerium; die Telegraphenlinie); Mainz (die Reichsfestung); Speyer (Bekanntmachung); Dresden (die Wahl zur 1. Kammer); Stuttgart (die Deutschkatholiken); Wien (Kossuth's Kinder; Gorgen; die Hinrichtungen sollen aufhören; Haynau; der Unterrichtsminister; Zustimmungserklärung des Reichsverwesers).

Galizien. Krakau (das russ Heer).

Frankreich. Paris (Thiers, das Ministerium, der Präsident der Republik; das Vermögen Louis Philipp's.)

Italien. Rom (Garnison, Kloster-Einkünfte, Leiche Carl Alberts).

Türkei. Constantinopel (Brief des Szaaren und des Sultans; das engl. und franz. Geschwaders).

Amerika. (Nachrichten aus Washington.)

Amtliches.

Der bisherige Patrimonial-Richter und Bürgermeister Pieper zu Gesecke ist zum Rechts-Anwalte für den Bezirk der Kreis-Gerichts-Commission, zu Gesecke mit Anweisung seines Wohnsitzes zu Gesecke, und zum Notar im Departement des Appellations-Gerichts zu Arnshagen ernannt worden.

Deutschland.

Berlin, 18. October. Der heutige „Preuß. Staatsanzeiger“ gibt einen Bericht über die Sizung des Verwaltungsraths vom 8. October, in welcher der zwischen Oesterreich und Preußen geschlossene Vertrag zur Herstellung einer neuen provisorischen Centralgewalt, wie er durch die öffentlichen Blätter bereits bekannt geworden, vorgelegt und Bevollmächtigten der mit Preußen auf den Grund des Vertrages vom 26. Mai c. verbündeten Regierungen zu gutachtlichen Äußerungen über jenen Vertrag aufgefordert wurden. Wir werden diese Äußerungen nächstens auszugsweise mittheilen und begnügen uns heute, nur das Resultat dahin anzuführen:

„Die von der k. preussischen Regierung den Mitgliedern des Verwaltungsraths zu persönlicher Begutachtung vorgelegte Frage über eine etwaige Verletzung der Interessen des Bündnisses vom 26. Mai c. durch den mitgetheilten Vertrag über die Herstellung einer neuen provisorischen Centralgewalt ist unter 12 Mitgliedern von neun Mitgliedern vereint und von dreien (Hessen-Darmstadt, Sachsen-Weimar-Altenburg-Koburg-Gotha und Reuß, und Oldenburg) Mitgliedern bejah t.“

Berlin, 20. October. Die erste Kammer hat heute zu nächst über Art. 98 der Verfassung entschieden. Die drei ersten Sätze, nach dem Antrage der Commission lautend:

„Alle Einnahmen und Ausgaben des Staates müssen für jedes Jahr im Voraus veranschlagt und auf den Staatshaushalts-Etat gebracht werden.“

„Dieser Etat wird jährlich durch ein Gesetz festgestellt.“

„Zu Etats-Überschreitungen ist die nachträgliche Genehmigung der Kammern erforderlich.“

wurden angenommen, dagegen verworfen der vierte Satz: „Ausgaben können in besonderen Fällen auf längere Zeit, jedoch nicht über drei Jahre hinaus durch Gesetz bewilligt werden.“

Ein von dem Abg. Lammann zum fünften Satz gestelltes Amendement wurde mit einiger Modification angenommen, wonach dieser Satz nun lautet:

„Wenn sich die Festsetzung des Staatshaushalts-Etats für die nächste Etats-Periode über den Anfang derselben verzögern

sollte, so bleibt der zuletzt vollzogene Etat bis zu dieser Festsetzung, jedoch höchstens zwölf Monat, in Kraft.“

Der sechste Satz, nach dem Antrage der Commission lautend: „Ausgaben dürfen nur auf Antrag der Regierung und bis zu dem Belaufe dieses Antrages bewilligt werden.“ wurde verworfen.

Die Artikel 100 bis 103 wurden nach dem Antrage der Commission angenommen.

Hannover, 14. Oct. Se. Maj. der König empfing am gestrigen Tage den in einer außerordentlichen Mission hier eingetroffenen königlich dänischen Kammerherrn und Hofjägermeister Dordick v. Holmsfeld in einer Privataudienz, in welcher derselbe die Ehre hatte, ein Schreiben seines Souveräns zu überreichen. — Die „Hannov. Ztg.“ enthält einen Aufsatz über das, was Hannover will und kann. Es heißt darin: „Der Bruch, den wir am Ende der vorigen Woche vorhergesagt, ist eingetreten. Sachsen und Hannover haben gegen die Berufung des Reichstags protestirt.“ Hannover will „keinen engeren Bund.“

Hildesheim, 16. Oct. Heute Morgen starb plötzlich am Schlagfluß der Bischof Jacob Joseph (Wandt), geboren den 15ten August 1780 zu Dingelsbühl im preuß. Eichsfelde. 3. f. Nordb.

Kassel, 18. October. Der Regierungsrath und vortragende Rath im Ministerium des Innern Philipp von Wisingerode, ist provisorisch zum Vorstande des Ministeriums der auswärtigen Angelegenheiten, mit der Bezeichnung Legationsrath, ernannt worden.

Bremen, 16. Oct. Gestern — meldet die „Weser Ztg.“ — wurde den beiden Gästen unser Mitbürgers Meier, den Hrn. G. v. Gagern und Karl Mathy ein feierliches Ständchen gebracht. Nach einem Hoch auf den ersteren, trat dieser an das geöffnete Fenster und sprach: „Meine Herren, — ich bin Gagern, — ich danke Ihnen für ihre Begrüßung. Ich bin hierher gekommen, in dunkler, kummervoller Zeit, nicht muthlos zwar, wohl aber um neuen Muth zu gewinnen, um meinen Muth aufzurichten an der tüchtigen Gesinnung deutscher Bürger, wie sie diese Stadt umschließt. Und ich kann Ihnen sagen, ich habe solche Bürger hier gefunden, solche Bürger, an deren Gesinnung sich mein Vertrauen stärkt, daß wir am Ende doch, wenn wir nur uns selbst vertrauen, das Ziel erreichen werden, auf welches vorher angedeutet worden ist. — Deutschlands Einheit und Freiheit, eine Freiheit wie sie diese Stadt schon so lange genießt. Darum, meine Herren, erlauben Sie mir, daß ich Ihren Gruß erwidere mit einem Hoch auf Bremens tüchtige, brave, freigesinnte Bürgerschaft.“

Altona, 18. Octbr. Der hiesige Bürgerverein hat eine Versammlung aller schleswig-holsteinischen Vereine convocirt, die Deputirten traten gestern zu Beratungen zusammen, und sie haben folgenden Beschluß gefaßt: „Schleswig-Holstein entbinde aus freien Stücken Deutschland der ihm obliegenden Pflicht der Unterstützung, es fordere mit Ablauf des Waffenstillstandes einen letzten äußersten Kampf mit eignen Mitteln gegen den Landesfeind und es verlange die dem entsprechenden Maßnahmen abseits der höchsten Staatsbehörden.“ Dieser Beschluß soll durch die Deputirten den einzelnen Vereinen und Gemeinden vorgelegt werden; Volksversammlungen sollen zusammenberufen werden und dieser Beschluß zum allgemeinen Beschluß erhoben werden. Wenn dies geschehen ist, sollen Deputationen von jedem Orte, jeder Gemeinde nach Kiel gesendet werden, um im November, wenn die Landesversammlung zusammentritt, ihr diese Beschlüsse als Wille und Stimme des Volkes zu bezeichnen. Bisher gingen solche Beschlüsse nur aus dem Schoße der demokratischen Partei hervor, jetzt aber, wo diese schweigt, steht sich die constitutionelle Partei durch die Uebergrieffe der Dänen so zu extremen Schritten gedrängt. Außer diesem entscheidenden Beschlusse wurden noch zwei andere gefaßt, Welcher zu